

Im unmittelbaren Anschluss an das Podium referierte Wolfram H.-P. Thiemann von der Uni Bremen über Fritz Haber, worüber die BNN berichtete. Den von ihm angeregten Hippokratischen Eid aller Wissenschaftler, nur zum Wohle der Menschheit tätig zu sein, hatte Erich Kamke in einem Appell bereits im September 1946 bei der ersten Mathematiker-Konferenz nach der Befreiung an der Uni Tübingen vorgetragen. Zu Thiemanns Bericht über die diskutierte Umbenennung „Fritz-Haber-Institut“ in „Haber-Immerwahr-Institut“ gab es interessante Wortmeldungen. Einerseits wurde hinterfragt, ob es akzeptiert werden kann, bei einer Namensgebung einen Kriegsforscher mit einer Pazifistin zu vereinen. Zum anderen wurde auf die mehrfachen Umbenennungs-Aktionen am KIT von „Fritz-Haber-Weg“ in „Clara-Immerwahr-Weg“ hingewiesen.

Nach Auffassung der Initiative sind die im Juni 2013 im Zivilklausel-Kongress am KIT im damaligen Abschlusspodium vereinbarten Forderungen hochaktuell:

- (1) Die Zivilklausel mittels Senatsbeschluss und durch gesetzliche Verankerung im Landeshochschulgesetz regeln.
- (2) Dem Transparenzgebot (s. auch Koalitionsvertrag BaWü) Geltung verschaffen. Die unerträgliche Geheimhaltung von militärrelevanten Forschungsprojekten muss beendet werden.
- (3) Als Konsequenz aus der Energiewende ist die Atomreaktorforschung (IV. Generation, Transmutation) am KIT zu beenden.

Dazu kommt aus guten Gründen eine weitere praktische Konsequenz:

- (4) Der „Fritz-Haber-Weg“ am KIT sollte offiziell in „Clara-Immerwahr-Weg“ umbenannt werden.

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat am 20. Mai 2014 auf Initiative von OB Mentrup beschlossen, dem weltweiten Friedens-Netzwerk „Mayors for Peace“ beizutreten.



Presse-
Erklärung

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
Jetzt entrüsten: Zivilklausel!
www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf WebDoku

INITIATIVE
GEGEN MILITÄRFORSCHUNG AN UNIVERSITÄTEN

Karlsruhe: KIT/ZAK-Podium als Sonntagsmatinée über Ethik, Militärforschung und Zivilklausel im Rahmen des Symposiums „Immer noch Krieg. Vom Giftgas zur Drohne“

Friedliche Minderheit punktet

SprecherInnenkreis:
• Nadja Brachmann
nadja@freie-bildung.de
• Dagmar Hamdi
dagmar.hamdi@gmx.de
• Dr. Ullrich Lochmann
ulochmann@web.de
• Dr. Dietrich Schulze
dietrich.schulze@gmx.de
Postadresse:
Dietrich Schulze
Winterstr. 27
76137 Karlsruhe

20. Mai 2014



Quelle: DIE ZEIT N° 38/2013

Auf das mit sieben AkademikerInnen besetzte Podium (incl. Moderatorin Caroline Y. Robertson-von Trotha) am 18. Mai in der Industrie- und Handelskammer hatte die Initiative mit kritischen Flyern aufmerksam gemacht. Die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) berichteten über das dreitägige Symposium, erwähnten das Podium aber mit keiner Silbe. Dabei ist gerade in diesem Podium im Kontext

der Vergangenheit über die Gegenwart des Militärischen unter dem Titel „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ diskutiert worden. Die Veranstalter kündigten an, in 2-3 Wochen eine Video-Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ins Netz zu stellen. Damit der Nachwelt auch eine publizistische Erinnerung über das gut besuchte Podium erhalten bleibt, hier ein zusammenfassender Bericht der Initiative.

Was sich die Veranstalter dabei gedacht hatten, das Podium derart einseitig zusammen zu setzen, ist nicht schwer zu erraten. Neben der KIT-Vizepräsidentin Elke Barnstedt (KIT lehnt Zivilklausel ab!) gab es drei weitere Vertreter mit eindeutig negativer Haltung zum satzungsmäßigen Militärforschungsverzicht der Hochschulen sowie mit eindeutig positiver Haltung zu Rüstung, Bundeswehr und NATO und lediglich zwei Freunde der Zivilklausel. Gunnar Berg vom Hochschulverband, Ulrich Pohlmann von der Bundeswehr und Jürgen Geisler vom überwiegend militärisch forschenden Karlsruher Fraunhofer-Institut IOSB versuchten, Militärforschung der Hochschulen als notwendig und die Zivilklausel als Behinderung der Freiheitshindernis oder gar als verfassungswidrig zu beurteilen. Da hatten sie aber ziemlich schlechte Karten bei Erhard Denninger, dem em. Prof. der Uni Frankfurt. Als Verfassungsrechtler hatte er in einem bis dato nicht widerlegten Rechtsgutachten die Zulässigkeit der Zivilklausel begründet, u.a. mit der „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes. Die in viele Varianten vorgetragenen Bedenken konnte er überzeugend entkräften.

Dem Zivilklausel-Aktivist Dietrich Schulze blieb es vorbehalten, Fragen aus dem Podium zu beantworten, die auf eine Herabsetzung des gegenwärtig lebhaft öffentlich diskutierten pazifistischen Friedensvisionen hinausliefen. „Der Beruf des Soldaten ist das Töten“ erklärte er. Was in einem Verteidigungskrieg als geboten erscheint, kann für die vergangenen und gegenwärtigen „out-of-area“-Kriegseinsätze der Bundeswehr nicht geltend gemacht werden. Er beschrieb die Vision als realistisch, künftig alle Konflikte ohne militärische Mittel einer gerechten Lösung zuzuführen. Das wurde aus dem Publikum mit Verweis auf die Diskussionen in der Evangelischen Kirche unterstützt. In einem ersten Redebeitrag war die Behauptung von Gunnar Berg zurückgewiesen worden, dass die Existenz der



NATO für den deutschen Vereinigungsprozess maßgeblich gewesen sei. Tatsächlich sei dafür die friedliche Bewegung von DDR-BürgerInnen verantwortlich.

Die von der KIT-Vizepräsidentin gelobte KIT-Ethik-Leitlinie, wonach alle Wissenschaftlerinnen verpflichtet seien, ihre Forschung und Lehre auf friedliche Zwecke auszurichten, wurde von Dietrich Schulze mit dem Text der im Studierenden-Votum von 2009 verlangten Zivilklausel „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ verglichen. Warum werde eine praktisch textgleiche Bestimmung für die KIT-Satzung von der KIT-Leitung abgelehnt? Es könne vermutet werden, dass das KIT die Zivilklausel wegen deren größerer Verbindlichkeit fürchtet (Sanktionen im Falle eines Verstoßes?). Erschwerend komme hinzu, dass für Großforschungsaufgaben wie etwa der Atomforschung der „friedliche Zweck“ satzungsgemäß sei. Dazu gab es eine Publikumsfrage mit Bezug auf „atoms for peace“ (Rede US-Präsident Eisenhower 8. Dezember 1953 vor UN-Vollversammlung). Schulze erklärte, dass das KIT entgegen Atomausstieg nicht nur an der Forschung für neue Atomreaktoren festhalte, sondern an einem neuen Kühlsystem für Großreaktoren forsche, das wegen der Geräusch-Armut besonders für militärische Zwecke (Atom-U-Boote) geeignet sei. Ein glatter Verstoß gegen die o.g. KIT-Bestimmung. Unter Beifall forderte er, die KIT-Atomreaktorforschung unverzüglich einzustellen. Die KIT-Vizepräsidentin behauptete hingegen, dass die KIT-Atomforschung ausschließlich der Stilllegung diene.

Aus der Fülle weiterer Publikumsbeiträge seien nur zwei von Studierenden heraus gegriffen. Niklas Horstmann berichtete über eine Reihe von existierenden Zivilklauseln als faktische Gegenbeweise zur behaupteten „Verfassungswidrigkeit“. Nadja Brachmann als StuPa-Präsidentin des KIT berichtete über die reale Abhängigkeit der WissenschaftlerInnen mit Zeitverträgen und Drittmittel-Finanzierung, die durch die ungenügende öffentliche Grundfinanzierung der Hochschulen noch verschärft werde. Dietrich Schulze bat das Publikum um solidarische Teilnahme am KIT-Aktionstag 21. Mai um 11.30 Uhr im Ehrenhof der Uni für eine Erhöhung der Grundfinanzierung u.a. mit KIT-Präsident Holger Hanselka und der stellvertretenden AStA-Vorsitzenden Alexa Schnur.